

16 Seiten |

17. Sitzung

Dienstag, 23. April 1991

Vorsitzender: Präsident Rainer Prachtl

Inhalt

Mitteilungen des Präsidenten	710
Genehmigung der Tagesordnung	710
Dr. Gottfried Timm	
(zur Geschäftsordnung)	710
Beschluß	710

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.:

**Haltung der Landesregierung zum Beschluß des
Landtages vom 28. Februar 1991
zur Drucksache 1/196**

– Drucksache 1/367 –	710
----------------------------	-----

Jürgen Csallner SPD	716
Dr. Rolf Eggert SPD	716
Dr. Peter Kauffold SPD	716, 718
Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos	718, 723
Walter Goldbeck F.D.P.	718
Johann Scheringer LL/PDS	719
Joachim Steinmann CDU	721, 723
Dr. Gottfried Timm SPD	
(zur Geschäftsordnung)	724
Beschluß	724

Antrag der Fraktion der SPD:

**Staatsvertragsverhandlungen zur Beteiligung
des öffentlichen Rundfunks von
Mecklenburg-Vorpommern mit den Ländern
Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der
Hansestadt Hamburg**

– Drucksache 1/340 –	710
----------------------------	-----

Siegfried Friesen SPD	710, 716, 722, 723
Dr. Alfred Gomolka Ministerpräsident	713,
.....	715, 716
Dr. Gottfried Timm SPD	715, 716

Nächste Sitzung: 724
Mittwoch, den 24. April 1991

Beginn: 11.01 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie zur 17. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung habe ich etwas Angelegenheiten zu erledigen. Der Kollege Willhöft hat am 13. April seinen 50. Geburtstag begangen. Das ist auch nicht gerade so häufig. Ich darf Ihnen hierzu die Glückwünsche des Hauses aussprechen und Ihnen für Ihre Zukunft alles Gute wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Nun gibt es noch ein Geburtstagskind. Der Kollege Quaas feiert heute seinen 41. Geburtstag. Ich darf auch Ihnen im Namen des Hauses ganz herzlich gratulieren und Ihnen alles Gute wünschen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die heutige Sitzung habe ich aufgrund eines Verlangens der SPD gemäß Paragraph 35 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung einberufen.

Die Tagesordnung unserer heutigen Sitzung liegt Ihnen vor.

Herr Dr. Timm zur Geschäftsordnung.

Dr. Gottfried Timm SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, uns liegt eine Drucksache vor, die Drucksachennummer 1/367, überschrieben mit Änderungs- und Ergänzungsantrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. Sie bezieht sich auf unseren Antrag, auf die Drucksache 1/340.

Ich möchte dazu feststellen, daß die Geschäftsordnung vorschreibt, daß Änderungen zu einem Gegenstand der Tagesordnung, die den Wortlaut des Antrages ändern oder ergänzen sollen, bis zum Schluß eingebracht werden können.

Dieser Antrag bezieht sich nicht auf den Wortlaut unseres Antrages, sondern ist inhaltlich ein völlig neuer Antrag. Insofern ist es kein Änderungsantrag. Demzufolge muß hier die Geschäftsordnung Paragraph 40 Absatz 3 beachtet werden. Darin steht, daß Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen – und dazu zählt dieser Antrag – nur beraten werden dürfen, wenn der Landtag mit Zweidrittelmehrheit der Abgeordneten die Dringlichkeit bejaht.

Präsident Rainer Prachtl: Ich betrachte diesen Antrag als akzessorischen Antrag. Er ist deshalb für mich zulässig, und es handelt sich um eine Sondersitzung und betrifft dieses Thema. Insofern betrachte ich diesen Antrag als für die heutige Sitzung zulässig.

Dr. Gottfried Timm SPD: Herr Präsident, dann beantrage ich, daß der Ältestenrat sofort zusammentritt und dieses berät.

Präsident Rainer Prachtl: Gut, diesem muß ich nachgeben. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten und rufe den Ältestenrat zu einer Sondersitzung zusammen.

Unterbrechung: 11.05 Uhr

Wiederbeginn: 11.45 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren! Die unterbrochene Sitzung ist wiedereröffnet.

Es war nicht möglich im Ältestenrat eine Einigung zwischen allen Parteien zu erzielen. Ich mußte entscheiden. Die Entscheidung lautet, daß der Antrag der CDU und der F.D.P. ein selbständiger Antrag zum Tagesordnungspunkt ist. Ich rufe nun diesen Tagesordnungspunkt auf, und zwar: Haltung der Landesregierung zum Beschluß des Landtages vom 28. Februar 1991 zur Drucksache 1/196, dazu den Antrag der Fraktion der SPD: Staatsvertragsverhandlungen zur Beteiligung des öffentlichen Rundfunks von Mecklenburg-Vorpommern mit den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen und der Hansestadt Hamburg. Es ist die Drucksache 1/340. Über diesen Antrag soll auf Antrag der F.D.P.-Fraktion geheim abgestimmt werden. Dazu jetzt der Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. auf Drucksache 1/367, der Ihnen vorliegt.

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.:
Haltung der Landesregierung zum Beschluß
des Landtages vom 28. Februar 1991 zur
Drucksache 1/196
– Drucksache 1/367 –

Antrag der Fraktion der SPD:
Staatsvertragsverhandlungen zur Beteiligung
des öffentlichen Rundfunks von
Mecklenburg-Vorpommern mit den Ländern
Schleswig-Holstein, Niedersachsen
und der Hansestadt Hamburg
– Drucksache 1/340 –

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache von 60 Minuten Dauer vereinbart. Ich frage vorsichtshalber, bleibt es dabei?

Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion.

Siegfried Friese SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion bringt heute erneut ihren Antrag ein, mit dem das Parlament die Regierung beauftragt, sofort mit den NDR-Vertragsstaaten Verhandlungen über die Neuordnung der Rundfunklandschaft im Norden Deutschlands aufzunehmen. Es ist zu verhandeln mit dem Ziel, daß Mecklenburg-Vorpommern gleichberechtigtes, viertes Land des NDR wird.

Die Zukunft unserer Landessender im Hörfunk – wie im Fernsehbereich liegt in einer Mehrländeranstalt des Nordens. Wir machen zugleich deutlich, daß wir nicht an einem Beitritt im Verständnis dieses belasteten Begriffes sind. Wir wollen keinem Vertrag beitreten, sondern einen neuen aushandeln.

Unsere Position konnte auch oder gerade durch die Grundpositionen der Staatskanzleien von Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin nicht verändert werden. Wir stimmen dem Pressedienst der F.D.P. vom 13. 4. 1991 zu, daß es sich bei diesen Grundpositionen der Staatskanzleien um eine dünne Vorlage handelt.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Bevor ich darauf eingehe, lassen Sie mich unsere Hauptargumente für ein Zusammengehen mit dem NDR noch einmal benennen.

Wichtigster Grund unserer Entscheidung ist der erkennbare Wille der Menschen nach ihrem Rundfunkpartner.

(Beifall bei der SPD)

Norddeutsche Identität und landsmannschaftlicher Zusammenhalt sind keine leeren Hülzen. Beide finden ihren Ausdruck in einem sehr engen beziehungsweise engen Verbundenheitsgefühl der Menschen hier mit den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen, so die zentrale Aussage einer im Februar dieses Jahres durchgeführten soziologischen Untersuchung. Diese starke Bindung an den Norden findet ihren Ausdruck in der Nutzung des Rundfunks. Die NDR-Sender, einschließlich der über die RMV-Ferienwelle ausgestrahlten Programme, hörten Ende 1990 täglich fast 34 Prozent der Bürger. Die Berliner Sender SFB und Rias blieben in Mecklenburg-Vorpommern unter einem Prozent.

Uns ist unverständlich, weshalb die Regierung auf diese deutlich feststellbare Befindlichkeit der Menschen keine Rücksicht nimmt. Die deutsche Geschichte hat wiederholt gezeigt, daß Regierungen, die auf die Wünsche der Menschen wenig Rücksicht nehmen, nicht lange Geschichte machen.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Grund unserer Befürwortung des NDR ist seine bereits funktionierende föderale Struktur. Die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen konnten unter dem Dach des NDR ebenso wie Hamburg ihre Identität voll entfalten. Mecklenburg-Vorpommern würde in dieser in gleichberechtigter Souveränität geübten Anstalt Mitglied werden. Berlin hat diese Gleichheit oft bekundet. Im Grundsatzpapier sind Vorschläge enthalten, die in Richtung Dezentralisierung gehen. Die konkreten Festlegungen dazu haben unsere Zweifel aber eher bestärkt.

Ein Wort zu Zentralismus und der oft gefürchteten Dominanz von Berlin. Daß diese Stadt das ist, was sie ist, nämlich ein Zentrum von großer wirtschaftlicher und kultureller Substanz, ein nationaler Schauplatz, internationaler Schauplatz, und hoffentlich bald wieder Hauptstadt mit Regierungssitz und Heimstätte des Bundestages, dieses ist ihr gutes Recht und kann ja wohl nicht aus Sorge angrenzender Bundesländer von ihr zurückgenommen werden. Dagegen mag man selbst von Berlin aus steuern wollen, es wird nicht gelingen.

Dieses muß auch der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt befürchtet haben. Gegen die Beteiligung Sachsen-Anhalts am NOR, so Gies am 19. 4. 1991 in der FAZ, habe die Dominanz Berlins gesprochen, gegen die sich die Interessen des Landes Sachsen-Anhalt nicht ausreichend hätten durchsetzen lassen.

Für den NDR spricht auch diese Tatsache. Mecklenburg-Vorpommern hat eine unterentwickelte materiell technische Rundfunkbasis. Unser Land kann aber nicht lange auf qualitativ hochwertiges Radio und Fernsehen verzichten. Es müssen unverzüglich finanzielle Investitionen getätigt werden.

Der NDR als ein zahlendes Mitglied der ARD ist dazu sofort bereit und in der Lage. Beim SFB als Kostenträger der ARD sind diese Mittel nicht vorhanden. Verspricht der SFB personelle und sachliche Unterstützung beim Aufbau und Betrieb der neuen Landesfunkhäuser und -studios,

wird der NDR konkret. Er stellt allein für den Neubau eines Funkhauses in Mecklenburg-Vorpommern circa 120 Millionen D-Mark aus seinen liquiden Mitteln sofort zu Verfügung.

Auch dieses soll hier gesagt werden. Die Sozialdemokraten in Berlin und teilweise unsere Freunde in Brandenburg wollen den NOR. Und sie haben recht mit ihrem Votum. Auch in einer so wichtigen Entscheidung, wie der Neuordnung des Rundfunks, stehen die Interessen der Menschen und die Belange des Landes über Parteinteressen.

(Beifall bei der SPD)

Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß dieses in allen Fraktionen so gesehen wird, möchte aber noch einmal an folgendes erinnern: Der Bundeskanzler hat sich Ende vergangenen Jahres, als es um die Auflösung des DDR-Fernsehens ging, unserer Meinung nach unerlaubt mit seiner Runde im Kanzleramt – an der ausgewählte Ministerpräsidenten der DDR-Länder, konkreter gesagt, der neuen Bundesländer teilnahmen – in die Belange der Rundfunkhoheit unseres Landes eingemischt.

(Beifall bei der SPD)

Und ich muß es wieder sagen: Wir zweifeln die Worte von Herrn Gomolka, er habe dem Bundeskanzler sein Modell des NOR vorgeschlagen und sei auf keinen Widerstand gestoßen, diese Darstellung zweifeln wir an. Wir glauben, daß die Reihenfolge, wer was vorgetragen hat und wer wo zugestimmt hat, eine andere war.

(Beifall bei der SPD)

Wir appellieren von dieser Stelle noch einmal an den Bundeskanzler, die Rundfunkhoheit unseres Landes zu respektieren. Wir entscheiden über unsere Angelegenheiten auch in dieser Sache alleine.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Seit dem 11. April 1991 liegen nun die Vereinbarungen der Staatskanzleien für den Aufbau eines Staatsvertrages zur Gründung eines Nordostdeutschen Rundfunks vor. Die geringe Substanz dieses Papiers ist durch die Stellungnahme der F.D.P. vom 13. 4. 1991 nachgewiesen. Diesen Argumenten stimmen wir im wesentlichen zu. Welche sind unsere Haupteinwände gegen diese Grundposition?

Beim Lesen der Grundposition kann man sich nur unsicher des Eindrucks erwehren, daß bereits die Philosophie des NOR nicht stimmt. Jeder Partner versucht, so viel wie möglich in seine Kompetenz zu ziehen. Wo nichts zu vergeben ist, werden unseriöse Versprechungen gemacht. Keiner traut so recht dem anderen, und man scheut sich auch nicht, notfalls den gesetzlichen Rahmen in Frage zu stellen. So ist die Entsendung von drei Ländervertretern in den Verwaltungsrat von insgesamt neun Mitgliedern mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben für Aufsichtsorgane in öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht mehr vereinbar. Die Unstimmigkeit der Philosophie dieser Anstalt ist ferner darin begründet, daß verwaltungstechnisches und organisationsstrukturelles Denken im Vordergrund standen.

Gutes Radio und gutes Fernsehen wird eine Mehrländeranstalt aber nur produzieren, wenn partikuläre Interessen einem gemeinsamen Willen dienen und Strukturen ge-

schaffen werden, die einer gemeinsamen Überaufgabe verpflichtet sind. Nur auf dieser Basis kann sich dann auch Regionalität entfalten.

Zu einigen Details: Als Neuerung gegenüber anderen Modellen für Mehrländeranstalten wird die geplante dezentrale Struktur des NOR genannt. So sollen die Intendanten in Berlin und Schwerin errichtet, die Programmdirektoren, Programmdirektionen und andere gemeinsame Einrichtungen, was immer das sein möge, dezentral angesiedelt werden. Schließlich wird es in jedem Land einen eigenen Landesrundfunkrat geben. Hier ist in der Tat einfallsreich gedacht worden. Wir erlauben uns aber, nach dem Verständnis der Staatskanzlei von modernem Management zu fragen.

Dezentralisierung ist kein Wert an sich. Sie wird erst zu einem solchen, wenn sie unternehmenspolitisch sinnvoll und betriebswirtschaftlich vertretbare Effekte bringt. Wie ist die Haltung von Fachleuten zu dieser wohl wesentlichsten Neuerung des NDR-Modells gegenüber bestehenden Mehrländeranstalten in den alten Bundesländern?

Der Fernsehdirektor des Südwestfunks hat diesen Teil des NOR-Konzeptes sehr genau betrachtet und kommt zu dem Schluß: Jeder, der ja zu einem Programm, in dem sich unterschiedliche Landesidentitäten wiederfinden sollen, der muß angesichts zu erwartender finanzieller Engpässe nein sagen zu einem Rundfunkapparat, in dem dreimal verwaltet, dreimal produziert, dreimal eingekauft und dreimal entschieden wird. Und weiter: Pluralität, Basisdemokratie und Landesidentität gehören ins Programm, nicht in die Organisationsstruktur.

(Beifall bei der SPD)

Auch der NDR-Intendant warnt vor gremienverliebten Konzepten, die mit dem Programm nicht viel zu tun hätten. Schließlich: Der Stellvertretende Intendant des NDR, selbst Mitglied der CDU, nennt diesen Punkt der Grundpositionen die schlichte Addition regionaler Standortinteressen, die zu sachfremden und lächerlichen Ergebnissen führen. Soweit diese Ergebnisse.

(Wolfgang Riemann CDU; Zitieren Sie doch mal Ihre Brandenburger Genossen!)

Ich habe bereits gesagt, daß die Brandenburger, wenn sie gute Landespolitiker sind, vor allem an die Interessen Ihres Landes denken. Es ist völlig legitim, daß alle Brandenburger ihre Interessen vertreten, genauso wie es legitim ist, daß die Menschen dieses Landes von allen Abgeordneten verlangen, daß sie ihren Interessen dienen und ihre Interessen hier energisch vertreten.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Ein weiterer Pluspunkt der dezentralen Struktur des NOR sei, so wird betont, die Ansiedlung der Hörfunkdirektionen in Schwerin und die der Fernsehdirektion in Potsdam. Hier mag Freude in beiden Landeshauptstädten aufkommen, doch gemacht.

Punkt zwölf der Grundposition führt in die Realität zurück. Unmißverständlich heißt es dort: Die Chefredaktion von Hörfunk und Fernsehen wird in Berlin angesiedelt.

Völlig unakzeptabel ist für uns die unterschiedliche Behandlung der drei bestehenden Rundfunkanstalten. Für die Staatskanzlei ist klar, daß der SFB in der neuen Anstalt

aufgehen soll und alle Beschäftigten dieses Senders übernommen werden. Kein Wort darüber, was aus RMV und LMV – also unseren Sendern – werden soll, vor allem, welche Zukunft die jetzigen Mitarbeiter dieser Sender haben. Der Verweis auf die „Einrichtung“ und den Artikel 36 des Einigungsvertrages deuten an, daß analog der Schließung unserer Betriebe, bei gleichzeitiger Besitzstandswahrung von Einrichtungen in den alten Bundesländern, so jetzt auch im Rundfunkbereich, verfahren werden soll. Dieser Vorgehensweise werden Sozialdemokraten nicht zustimmen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Es muß der Grundsatz Anwendung finden, daß Rundfunk in diesem Land, vor allem von Bürgerinnen und Bürgern aus diesem Land gemacht werden soll, und zwar von Anfang an.

Die Angaben zum Personalumfang des NOR sind sehr unterschiedlich. Spricht Herr Mühlfenzel von 1000 Mitarbeitern, die der NOR benötigt – das würde ja bedeuten, daß der SFB noch 400 Mitarbeiter entläßt –, sind es nach Herrn Lojewskis Angaben 2400, was bedeuten würde, daß Mecklenburg-Vorpommern 500 Mitarbeiter haben würde.

Siegfried Friese SPD: Spricht Herr Mühlfenzel von 1000 Mitarbeitern, die der NOR benötigt, das würde ja bedeuten, daß der SFB noch 400 Mitarbeiter entläßt, sind es nach Herrn Lojewskis Angaben 2400, was bedeuten würde, daß Mecklenburg-Vorpommern 500 Mitarbeiter haben würde. Beide Vorstellungen haben mit dem tatsächlichen Bedarf nichts zu tun.

Der Vorschlag von Herrn Plog, eine Personalstruktur aufzubauen, die der von Schleswig-Holstein entspricht, halten wir für angemessen. Danach hätte ein künftiges Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern 300 festangestellte und etwa 600 freie Mitarbeiter.

Wenn Sie gestatten, Herr Präsident, an dieser Stelle ein Wort zu Umgang mit dem Rundfunk im Vereinigungsverfahren, das hierher gehört.

Die neuen Realitäten haben in der Tat bisherige Rundfunkanstalten in Frage gestellt. Der Osten Berlins ist davon in dramatischer Weise betroffen, aber sind nicht auch der Deutschlandfunk und der Rias überflüssig geworden? Sie sind es nach dem Verständnis ihrer eigenen Gründungsaufträge. Es darf doch in diesem Zusammenhang gefragt werden, warum wird für diese Einrichtungen – und ich spreche hier wieder parteiübergreifend ein Problem an – warum wird hier nicht übergreifend nach einer gemeinsamen Lösung gesucht, die unsere Sender und die Sender Rias und Deutschlandfunk einbindet?

Im Verständnis des Einigungsprozesses, wie die Menschen draußen im Lande diesen verstehen, wäre eine solche Konstruktion angebracht gewesen. Wir werden den Berliner Rundfunkmachern unsere praktische Solidarität nicht versagen, soweit wir dieses können. Die 600 freien Mitarbeiter, so es dazu kommt, müssen ja nicht nur aus Mecklenburg-Vorpommern kommen.

Weiter zu den Grundpositionen: Die Überlegungen zur Verlagerung von Videotext nach Mecklenburg-Vorpommern sind leichtfertig. Darüber können nur ARD und ZDF entscheiden. Gleiches trifft für die ARD-Berichterstattung

aus dem Norden Europas zu. Diese liegt beim NDR und für die baltischen Staaten beim WDR. Verteilungsbefugnisse eines SFB-Intendanten gibt es hier nicht.

Daß der NOR vom SFB dominiert werden soll, wird an Details deutlich. So soll die Wahl des Direktors des Landesfunkhauses durch den Landesrundfunkrat, aber im Benehmen mit den Intendanten erfolgen. Beim NDR erfolgt diese Wahl allein durch den Verwaltungsrat. Beim NDR wechselt der Vorsitz des Rundfunkrates und des Verwaltungsrates unter den Ländern, dieses ist im NOR-Modell nicht vorgesehen.

Zum Abschluß und zusammenfassend lassen Sie mich dieses sagen: Die SPD-Fraktion ist überzeugt, daß die NDR-Vertragsstaaten sehr gut unsere Menschen verstehen und ihre Probleme annehmen werden, vor allem aber, daß sie uns bei der Lösung auch mit den Mitteln des Rundfunks helfen werden. Wir sind überzeugt, daß im NDR unsere Eigenständigkeit umfassender als im NOR gewahrt werden kann. Wir sind überzeugt, daß der NDR den effektivsten Beitrag zur materiellen Sicherung und zur Modernisierung des Rundfunks in Mecklenburg-Vorpommern zu leisten entschlossen ist.

Wir rufen die Regierung auf, endlich die uns seit langem gereichte Hand des NDR zu ergreifen.

Erst kürzlich schrieb die Senatskanzlei in Hamburg allen Fraktionen dieses Hauses: „Eine Erweiterung um Mecklenburg-Vorpommern würden alle bisherigen NDR-Staaten nicht nur begrüßen, sondern als wesentliche Bereicherung des Rundfunks in Norddeutschland betrachten.“ – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Ich eröffne die Aussprache. Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Antrag der SPD-Fraktion gestatten Sie bitte vorab die Bemerkung, daß dieser allenfalls eine Entschliebung des Landtags im Sinne eines politischen Appells zum Gegenstand haben könnte. Es bedarf keines verfassungsrechtlichen Kolloquiums über Demokratie und Gewaltenteilung, um festzustellen, daß eine Regierung vom Parlament selbstverständlich nicht beauftragt werden kann, zum Beispiel Staatsvertragsverhandlungen ausschließlich in eine bestimmte Richtung zu führen.

(Beifall bei der CDU)

Das Aushandeln und der Abschluß von Staatsverträgen ist Sache der Regierung. Das letzte Wort hat dann der Landtag, wenn es um den Abschluß des Ratifizierungsverfahrens, also um die gesetzliche Zustimmung zum Staatsvertrag geht. Der in diesem Punkt an der Sache vorbeigehende Antrag der SPD-Fraktion dürfte daher auch nur aus der emotionalen Situation, um die Auseinandersetzung über die Bildung eines Nordostdeutschen Rundfunks zu erklären sein.

Seit über einer Woche ist zu diesem Thema zu sehr aus dem Bauch heraus geredet worden, als daß eine sachliche Auseinandersetzung stattgefunden hätte.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da es sich hier wirklich nicht um Parteiinteressen handelt, sondern es darauf ankommt, unser Land möglichst schnell und erfolgreich aufzubauen, sollten wir die heutige Sitzung als Chance begreifen, die Sachlichkeit herzustellen, die für die Behandlung dieses wichtigen Themas unbedingt geboten ist. Insofern ist es gut, daß die SPD-Fraktion diese Sondersitzung auf den Weg gebracht hat. Sie gibt uns allen Gelegenheit, den notwendigen sachlichen Diskurs einzuleiten, insbesondere aber auch dazu, dieses Thema auch wirklich als eine Angelegenheit unseres Landes zu behandeln, unseres Landes. Belehrungen von außen haben wir nicht nötig!

(Beifall bei der CDU)

Und Herr Abgeordneter Friese, es macht mir unwahrscheinliche Schwierigkeiten, daß das gleiche Positionspapier einmal die Interessen einer Landesbevölkerung, nämlich die Brandenburgs, vollständig befriedigt und auf der anderen Seite die Interessen der Landesbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns überhaupt nicht tangiert. Es ist doch das gleiche Papier, wie soll es denn unterschiedlich gewichtet und gewertet werden in verschiedenen Ländern?

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum eigentlichen Kern der Auseinandersetzung, zur Abwägung zwischen NOR-Konzept und NDR-Beteiligung folgendes sagen: Die Empfehlung der Chefs der Staats- und Senatskanzleien der Länder Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Berlin, in Staatsvertragsverhandlungen zur Bildung einer neuen gemeinsamen Mehrländeranstalt Nordostdeutscher Rundfunk einzutreten, ist durchdacht und findet meine volle Unterstützung. Das nach mehreren Sondierungsgesprächen und wochenlangen Vorarbeiten auf Referentenebene erarbeitete NOR-Konzept weist deutliche Vorteile gegenüber der NDR-Alternative auf.

Die von der Landesregierung Ende Februar vorgestellten Eckpunkte, die in Übereinstimmung mit dem Koalitionspartner erarbeitet wurden und die Verhandlungsgrundlagen in beide Richtungen bildeten, diesen Eckpunkten vermögen die Gesprächsergebnisse, die die Bildung eines NOR anraten, am weitestgehenden zu entsprechen. Dem gegenüber waren die NDR-Vertragsländer nicht bereit, grundlegende Schritte zu unternehmen, die über den jetzigen Status quo hinausgehen, und das ist eindeutig zu wenig, denn es handelt sich um einen Beitritt und wir wollen keinen Beitritt.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen gleichberechtigt am Rundfunkgeschehen teilhaben können, um die Identität unseres Landes zu stärken, um aber auch das an Investitionen in unserem Land einzusetzen, was hier erwirtschaftet wird und noch etwas mehr, wenn es geht. Eine Überprüfung des NDR-Angebotes hat aber gezeigt, daß der Norddeutsche Rundfunk bei einer Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns auf mittlere und längere Sicht mehr aus unserem Land herausziehen würde, als er zu investieren bereit wäre.

(Beifall bei der CDU)

Das läßt sich anhand folgender Zahlen belegen: Für den Neuaufbau des Landesfunkhauses sind Investitionen von 128 Millionen D-Mark veranschlagt, etwas vage als kurzfristig formuliert, wobei offenbleibt, welche Zeitspanne

damit gemeint ist. Die laufenden Kosten sollen sich dann auf circa 50 Millionen D-Mark im Jahr belaufen. Dem stehen aus Mecklenburg-Vorpommern auf mittlere Sicht folgende Einnahmen entgegen: Circa 100 Millionen D-Mark jährlich an Rundfunkgebühren und circa 30 Millionen an jährlichen Werbeeinnahmen. Mittelfristig würde der NDR also weit über die Hälfte der in Mecklenburg-Vorpommern erwirtschafteten Einnahmen für Aufgaben der Gesamtanstalt verwenden, die bei der jetzigen Struktur des NDR wirtschaftlich allein dem Medienstandort Hamburg zugute kämen.

Anders verhält sich dies bei den Vorstellungen für den Nordostdeutschen Rundfunk. Hier sollen bereits im Staatsvertrag dezentrale Strukturen geschaffen werden, die von vornherein eine einseitige Konzentration auf den Sitz der Anstalt ausschließen. Das dezentrale Prinzip ist die tragende Säule des Nordostdeutschen Rundfunks. Hingegen ist der NDR von Anfang an als eine zentralistische Mehrländeranstalt aufgebaut worden.

Als der NDR im September 1946 als Nord-Westdeutscher Rundfunk -NWDR- gegründet wurde, verfolgte die damalige britische Militärregierung strikt ein zentralistisches Konzept, im Gegensatz zu den Amerikanern, die in ihren Zonen einen föderativen Aufbau des Rundfunks einleiteten.

Das sind die Wurzeln, auf dem der NDR auch heute noch fußt.

Eine geringe Veränderung brachte 1980 allein die von den damaligen Ministerpräsidenten Stoltenberg und Albrecht eingeleitete Reform des NDR-Staatsvertrages. Sie führte zur Einrichtung von Landesfunkhäusern und zum Aufbau von Landesprogrammen. Es darf daran erinnert werden.

Eine weitergehende Dezentralisierung konnte jedoch im Staatsvertrag nicht zum Zuge kommen. Ein Zustand, der vom früheren Ministerpräsidenten Albrecht immer wieder beklagt wurde. Seine Forderung, Einrichtungen des Norddeutschen Rundfunks aus Hamburg nach Niedersachsen zu verlagern, konnte dann auch nur von bescheidenem Erfolg sein, da es eben an der hierfür erforderlichen staatsvertraglichen Grundlage fehlte.

Und es bleibt festzuhalten, auch die jetzigen Gespräche mit den Vertretern der NDR-Staatsvertragsländer – es gab sehr viele solche Gespräche, und das Parlament und die Ausschüsse sind auch mehrfach informiert worden –, diese Gespräche haben gezeigt, daß keine Bereitschaft besteht, diese zentrale Struktur aufzulösen und zu einer wirklich neuen staatsvertraglichen Grundlage für den NDR zu gelangen. So kann jedenfalls der Identität unseres Landes nicht gedient werden.

Mecklenburg-Vorpommern wäre auf einem derart strukturierten NDR nur ein kleiner Partner, der sich insbesondere den zentralen Standortinteressen, aber auch den anderen Vertragsländern unterzuordnen hätte. Hinzu kämen natürliche Interessengegensätze der norddeutschen Länder, wie sie sich zum Beispiel deutlich in der Konkurrenzsituation zwischen Hafenstädten, im Fährverkehr und auch bald im Tourismus manifestieren. Bei Programmen, die von Hannoversch-Münden oder Flensburg bis nach Usedom reichen sollen, ist es schwierig, auf die besondere Befindlichkeit unserer Bürgerinnen und Bürger

einzugehen. Was interessieren den Bürger in Aurich praktische Fragen des Alltags und Gefühle, die sich aus der rapiden Umstellung von einem sozialistischen Gesellschaftssystem in eine Ordnung der freien sozialen Marktwirtschaft ergeben?

(Beifall bei der CDU)

Schon der jetzige Norddeutsche Rundfunk macht deutlich, wie schwierig es ist, die unterschiedlichen Landsmannschaften zum Beispiel der Friesen oder Braunschweiger unter einen Hut zu bringen. Was bleibt, ist ein Gesamtprogramm ohne tiefere landsmannschaftliche Bezüge. Die Identität der einzelnen Vertragsländer bleibt weitgehend auf der Strecke.

Ein NOR wird demgegenüber allein schon durch seinen im Staatsvertrag verankerten föderativen Aufbau eine größere Gewähr für die Wahrung und Förderung der eigenen Landesidentität bieten. So ist durch die paritätische Besetzung des Rundfunkrates gewährleistet, daß die Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern auch wirklich gleichberechtigt auf die Programmgestaltung Einfluß nehmen können. Durch die paritätische Besetzung des Rundfunkrates, das möchte ich noch einmal hervorheben und dadurch, daß die Hörfunkdirektion und nicht nur der Hörfunkdirektor in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt wird, nimmt unser Land bei der Gestaltung und Produktion von vier Hörfunkprogrammen teil.

Nicht zu verkennen ist auch die Aufteilung von Redaktionsbereichen auf die Vertragsländer, so daß Mecklenburg-Vorpommern sich zum Beispiel über die bereits ausgesprochene Fachredaktion Freizeit und Touristik sowohl im Hörfunk als auch im Fernsehen Geltung verschaffen kann. Es geht also nicht um Dopplung und Verdreifachung, sondern es geht um Arbeitsteilung, Herr Friese. Überdies bleibt neben dem Landesprogramm Radio Mecklenburg-Vorpommern auch die beliebte Ferienwelle erhalten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist verabredet, daß die Ferienwelle innerhalb eines der UKW-Gemeinschaftsprogramme fortgeführt werden wird. Auch damit ist ein gutes Stück Identität für Mecklenburg und Vorpommern gewahrt.

Von herausragender Bedeutung ist auch das Dritte Fernsehprogramm. Die ursprüngliche Idee der Dritten Fernsehprogramme, als Programme mit regionalen Schwerpunkten, wird beim Nordostdeutschen Rundfunk wiederbelebt. Als das eigentliche „Nordostdeutsche Fernsehprogramm“ wird das kulturelle, politische und wirtschaftliche Geschehen aus den Vertragsländern zum Zuge kommen. Dabei wird der Gefahr einer programmlichen Konzentration auf einen Medienstandort unter anderem dadurch begegnet, daß jedes Vertragsland zu einem gleichen Anteil, Produktionen zum Programm beisteuern kann. So hätte

(Beifall bei der CDU)

das Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern die Sicherheit, Berichte, Reportagen, Filme über kulturelle Ereignisse aus unserem Land, aber zum Beispiel auch Aufzeichnungen von wichtigen Landtagssitzungen

(Beifall bei der CDU)

in das Dritte Fernsehprogramm einbringen zu können. Das wäre in einem NDR-Verbund ungleich schwieriger. Abgesehen davon, daß dem NDR-Staatsvertrag hierzu eine Aussage fehlt, kann eben zum Beispiel über die Werften oder Fischereiproblematik auch aus Husum oder Wilhelmshaven berichtet werden. Da braucht sich der NDR nicht erst nach Stralsund oder Wolgast zu begeben.

Der Vorteil des Nordostdeutschen Rundfunks Mecklenburg-Vorpommern liegt in der im Vergleich zum NDR relativ kleinen Einheit des SFB. Sein kleiner Personalbestand von 1400 Mitarbeitern läßt genug Freiraum für Neueinstellungen. Auch für qualifizierte Mitarbeiter von RMV und LMV sowie der übrigen Einrichtungen.

(Beifall bei der CDU)

Das Land Berlin wird zudem darauf hinwirken, daß alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, diesen ohnehin schon geringen Personalbestand noch weiter zu reduzieren. Im Ergebnis werden in Mecklenburg-Vorpommern beim Nordostdeutschen Rundfunk mindestens 500 Arbeitsplätze geschaffen werden. Beim NDR wären es nur 300. Und selbstverständlich kämen beim NOR noch etliche Arbeitsplätze, Hunderte im Dienstleistungsbereich, hinzu. Nach der Konstruktion sicherlich noch mehr, als vorhin genannt.

Mit Rücksicht auf die Überkapazitäten an Personal, wo der Norddeutsche Rundfunk bundesweit eine Spitzenstellung einnimmt, wird er auch darauf achten müssen, daß diese Marge nicht weiter überschritten wird. Schon heute weist der NDR über 3600 Festangestellte auf, und ich darf Sie noch einmal bitten, diese kleine Differenz zwischen 1400 und 3600 zu berechnen und die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, und auch die Anzahl der Zuhörer in Rechnung zu setzen und dann einmal zu kalkulieren, wie die künftige Finanzsituation aussehen wird. Diese 3600 Festangestellten – diese Zahl läßt auch wenig Luft für Kooperationen mit privaten Medienunternehmen, da zunächst die vorhandenen Ressourcen ausgeschöpft werden müssen, jedenfalls sollten. Demgegenüber kann der Nordostdeutsche Rundfunk von vornherein auf ein verstärktes Engagement im privaten Bereich setzen.

(Beifall bei der CDU)

Der Nordostdeutsche Rundfunk – zu einer kostengünstigen Haushaltspolitik verpflichtet, wird im größeren Umfang Private bei Auftrags- und Koproduktionen einbinden. Er wird auch alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zum Beispiel bei Kamerateams, Schnittarbeiten und Synchronisationen auf den privaten Sektor zurückzugreifen. Dabei ermöglicht es der dezentrale föderative Aufbau des NOR, daß sich in den jeweiligen Vertragsländern, also auch in Mecklenburg-Vorpommern, um das Landesfunkhaus insbesondere mittelständische Medien und Dienstleistungsunternehmen ansiedeln.

Bei einer solchen Konstruktion ist es vorstellbar, daß Landesfunkhaus und private Medienunternehmen räumlich zusammenarbeiten in einer Art Servicezentrum, um korrespondierend und kostenminimierend Aufgaben unter anderem im Produktionsbereich wahrnehmen zu können.

Um es klar zu sagen, bei einem Nordostdeutschen Rundfunk geht es nicht um eine Beteiligung Mecklenburg-Vorpommerns beim SFB. Mit der Gründung des Nordostdeutschen Rundfunks würde der SFB in dieser gänzlich neuen Mehrländerrundfunkanstalt aufgehen. Unsinnig ist

deshalb das mitunter von Kritikern zu vernehmende Gerede, der SFB sollte durch ein Mitwirken Mecklenburg-Vorpommerns lediglich saniert werden. Der NOR wird allein eine Rechtsnachfolge für den SFB antreten und zwar davon ausgehend, daß der SFB eine positive Bilanz aufweist.

Lassen Sie mich unterstreichen: Der Nordostdeutsche Rundfunk bietet für die Identität und Wirtschaft unseres Landes meiner Meinung nach die eindeutig besseren Bedingungen. Wer versucht, ohne Emotionen die Gesprächsergebnisse abzuwägen, wird sich dieser Erkenntnis nicht verschließen können. Es sei denn, er hat sich bereits vor dem ersten Verhandlungswort festgelegt, es sei denn, er sei derjenige, der über die Worte, die beim Bundeskanzler gesprochen werden, besser Bescheid weiß, als die Betroffenen.

Wir sind offen in die Gespräche mit den NDR-Vertragsländern und mit den Ländern Berlin und Brandenburg gegangen. Dies haben unsere Eckpunkte und die nachfolgenden Gespräche deutlich gemacht. Obwohl die Ergebnisse mit den NDR-Vertragsländern unbefriedigend waren, habe ich noch vor Ostern versucht, eine Brücke zu bauen. Mein Brief an meinen Amtskollegen Voscherau ist ja inzwischen hinlänglich bekannt. Die Antwort kam leider erst vor einigen Tagen und enthält meiner Auffassung nach auch nichts wesentlich Neues.

Wer mir und der Staatskanzlei also vorwirft, wir hätten nicht ehrlich und ausreichend mit den NDR-Vertragsländern verhandelt, der kennt entweder den Sachverhalt nicht, oder er möchte ihn nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auf der einen Seite ein brauchbares Zwischenergebnis erreicht, einen von den Chefs der Staats- und Senatskanzleien unterzeichnetes Positionspapier.

Ich bin aber auch bereit, daß der Chef der Staatskanzlei in dieser Woche nochmals mit den Vertretern von Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammenkommt. Allerdings habe ich nach dem bisherigen Verlauf wenig Hoffnung, daß die Vertreter der NDR-Vertragsländer zu grundlegenden Schritten bereit sind. Es kommt darauf an, daß jetzt endlich eine Entscheidung getroffen wird. Eine weitere Verzögerung kann ich als Ministerpräsident nicht mehr verantworten.

Ich bitte Sie den Antrag der SPD-Fraktion abzulehnen.
– Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie Anfragen von Abgeordneten?

(Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ja natürlich.)

Präsident Rainer Prachtl: Dr. Timm bitte.

Dr. Gottfried Timm SPD: Herr Ministerpräsident! Können Sie sagen, wie hoch die Differenz ist zwischen der Gebühreneinnahme des SFB und den Jahresausgaben?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Das ist eine Zahl. Eine andere Zahl ...

Dr. Gottfried Timm SPD: Kennen Sie die Zahl?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ja, ich kenne Sie. Sie möchten aber bitte berücksichtigen, daß auch die

Vermögenswerte des SFB zu sehen sind, und Sie möchten auch berücksichtigen, daß es eine Veränderung gibt, in der Anzahl der Gebührenzahler, so daß schon mittelfristig die Bilanz des SFB positiv werden wird, und nur unter dieser Voraussetzung versteht sich auch der NOR als Rechtsnachfolger. Ich habe das, glaube ich, deutlich gesagt. Wir sind nicht bereit, Rechtsnachfolger eines verschuldeten Senders zu werden.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Gottfried Timm SPD: Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Präsident Rainer Prachtl: Ja bitte, Dr. Timm.

Dr. Gottfried Timm SPD: Herr Ministerpräsident, da Sie wissen, wie groß der Schuldenberg des SFB ist, frage ich Sie, welches Konzept Sie vom Intendanten des SFB gehört haben, um den Sender zu straffen und vor allem die Personal- und Pensionskosten abzubauen?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ich habe das auch deutlich gesagt. In einer zusätzlichen Protokollnotiz ist festgelegt, daß ein Personalabbau auch dort erfolgen wird, insbesondere auch sozialverträglich durch Vorruhestandsregelungen und ähnliches, so daß es zu einem Abbau der Personalkosten und des Personalbestandes kommen wird, der dann den anderen Partnerländern direkt und indirekt zugute kommt. Ich verweise nochmals auf diesen kleinen Unterschied zwischen 3600 und 1400. 1400, die noch minimiert werden.

Dr. Gottfried Timm SPD: Können Sie diese Schuldenzahlen nennen, daß heißt die Differenz zwischen dem Gebührenaufkommen und den Ausgaben des SFB?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ich habe sie irgendwo parat, aber Sie wissen es sicher besser.

Präsident Rainer Prachtl: Der Abgeordnete Csallner bitte.

Jürgen Csallner SPD: Herr Ministerpräsident, sind Sie wirklich der Meinung, daß die Information über die Vorgespräche mit dem SFB, die die Staatskanzlei uns im Innenausschuß gegeben hat, tatsächlich eine umfangreiche Information des hohen Hauses hier ist und dem Landtagsbeschuß vom 28. Februar 1991, Drucksache 1/196, entspricht?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ich kann nur sagen, daß die Ausschüsse mehrfach informiert wurden über den Stand der Verhandlungen, und daß ich selber hier vor wenigen Wochen dazu Stellung genommen habe.

Präsident Rainer Prachtl: Dr. Eggert.

Dr. Rolf Eggert SPD: Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von den unterschiedlichen Interessenlagen im Norden Deutschlands. Würden Sie mir nicht zustimmen, daß es auch Gemeinsamkeiten gibt, was die Schifffahrt und die Werften anbelangt von Wolgast bis Emden und daß diese gemeinsamen Interessen nicht auch in dieser gesamten Bundesrepublik gemeinsam vertreten werden müssen?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Natürlich. Aber deswegen, muß ich doch gleichzeitig diesen Dualismus beachten. Es gibt doch nicht nur gemeinsame Interessen, sondern auch Interessenkollisionen und in der Pra-

xis scheinen gerade die Interessenkollisionen immer schwerwiegender zu sein, als die Übereinstimmung. Ich mache mir überhaupt keine Illusionen darüber, daß sich hier eine gesunde Konkurrenzsituation herausbilden wird, und diese Konkurrenzsituation wird sich auch in den öffentlichen Medien widerspiegeln. Und ich frage mich nur, wie sie sich widerspiegeln wird unter den Konstellationen eines Norddeutschen Rundfunks oder unter der Konstruktion eines Nordostdeutschen Rundfunks.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage, Herr Ministerpräsident, von Herrn Friese?

(Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Bitte.)

Siegfried Friese SPD: Herr Gomolka, den Fraktionen liegt das Papier über die Grundpositionen der Staatskanzlei vor. Können Sie sagen, ob dies das letzte Papier ist?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Selbstverständlich nicht. Das ist ein verbindliches Zwischenergebnis, das die Grundlage bietet für die Eckwerte, nach denen jetzt die weiteren Verhandlungen zur Ausgestaltung des Staatsvertrages geführt werden sollen.

Siegfried Friese SPD: Gibt es bereits Entwürfe für einen Staatsvertrag?

Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Es wurde vom Norddeutschen Rundfunk der Entwurf eines Staatsvertrages, der bestehende Staatsvertrag praktisch, übermittelt. Es wäre pikant, auf die Geschichte einzugehen. Ich unterlasse es hier. Auf der anderen Seite existiert verständlicherweise noch kein ausformulierter Staatsvertrag.

Siegfried Friese SPD: Danke schön.

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat nun der Abgeordnete Dr. Kauffold von der SPD-Fraktion.

Prof. Dr. Peter Kauffold SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fraktion der SPD hat diese Beratung des Landtages zum Problem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als Sondersitzung beantragt, weil Eile geboten ist, hinsichtlich der Klärung grundsätzlicher Standpunkte des Parlaments über die Vertragsparteien, mit denen verhandelt werden soll.

Wir glauben zu wissen, daß sich die Meinungen der Mitglieder dieses Hohen Hauses mit weiterer Vertiefung des Problems in ihrer Verantwortung für die vielschichtigen Interessen unseres Landes in zunehmendem Maße einer Annäherung an den Norddeutschen Rundfunk zuwenden.

Die Position der SPD-Fraktion, die den NDR auf der Grundlage von Sachargumenten begünstigt, ist seit langem bekannt. Wir haben daher heute den Antrag unserer Fraktion vom 28. Februar 1991 in etwas veränderter Form wieder eingebracht, und dieser Antrag ist bereits sachlich begründet worden.

Eile ist aber auch geboten, um die Haltung der Regierung in dieser Frage zum Landtag, der ja nicht nur aus einer Fraktion besteht, und die auf dieser Haltung begründeten Verfahrensweisen zu kontrollieren. Kontrollrecht ist ja ein im Statut ausdrücklich erwähntes Recht unseres Parlamentes. Es wird uns möglich, diese Kontrolle zum konkreten Gegenstand auszuüben, weil das Parlament

einen Antrag der CDU in Drucksache 1/196 zum Beschluß erhoben hat, wonach der Landtag zu unterrichten ist, welche Angebote von den jeweiligen Verhandlungspartnern – NDR-Staatsvertragsländer und die für einen Nordostdeutschen Rundfunk in Betracht kommenden Länder – unterbreitet werden und welchen Stand die Verhandlungen erreicht haben.

Der Antrag beinhaltet also nicht nur die Unterrichtung des Landtages, sondern auch die Aufnahme von ernsthaften Gesprächen – um nicht zu sagen Verhandlungen sowohl mit den Ländern, die einen Nordostdeutschen Rundfunk bilden wollen, als auch mit den Staatsvertragsparteien, die den NDR tragen. Das Offenhalten von Optionen und die gewissenhafte Prüfung beider Möglichkeiten wurde als ein Ausdruck hoher politischer Verantwortung für das Land, ich glaube vom Abgeordneten Steinmann, besonders herausgestellt.

Einem solchen Antrag kann man natürlich den Respekt nicht versagen und so hatte die SPD vorläufige Zurückhaltung zugesagt, um der Regierung einen möglichst breiten Spielraum zu ermöglichen. Nun ist es so, daß wir nicht mehr daran glauben, daß dieser Antrag 1/196 ernst gemeint war. Wir neigen vielmehr zu der Annahme, daß der Landtag mit diesem Antrag ruhiggestellt werden sollte. Währenddessen nagelt die Regierung mit ihrer nun beinahe schon sprichwörtlichen Behendigkeit eine nur von ihr geliebte und wer weiß von wem geforderte Konstruktion zusammen, die nach Fertigstellung dann nicht mehr wegzuräumen ist.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Im Klartext, eine ernstzunehmende Unterrichtung des Parlaments ist ausgeblieben. Die Protokollnotiz im Innenausschuß, die auf eine Unterrichtung des Ausschusses hinweist, ist keine Unterrichtung des Parlaments und ist in ihrer Dürftigkeit nicht zu überbieten.

Ernstzunehmende Verhandlungen mit den NDR-Vertragsländern sind nicht erfolgt. Wir sind davon überzeugt, daß sie auch nicht beabsichtigt waren.

(Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Und auch nicht sind.)

– Ja danke für die Ergänzung.

Das ergibt sich aus der Chronologie der Ereignisse.

Erstens, zur Ermächtigung der Regierung und zum NOR: Am 28. 02. 1991 wird der Antrag der SPD über Staatsvertragsverhandlungen mit den NDR-Vertragsländern abgelehnt. Am gleichen Tag wird der oben zitierte Antrag 1/196 der CDU angenommen. Am 3. 04. 1991 wurde der Innenausschuß kurz informiert, wie eben erwähnt. Seit dem 2. 04. 1991 liegt, wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, ein Staatsvertragsentwurf für den NOR bereits vor. Ich habe ihn gesehen. Am 10. 04. 1991 erfährt unsere Fraktion über die Medien von einer Grundsatzentscheidung zur Beteiligung Mecklenburgs-Vorpommerns an einem NOR. Am Abend desselben Tages erhält unsere Fraktion die dabei von der Regierung vertretenen Grundpositionen. Wenn das kein politischer Stil ist, dann frage ich mich, was welcher ist.

Zweitens: Wie ist die Chronologie von Verhandlungen mit dem NDR? Am 31. 10. des Vorjahres unterbreitet der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein ein Angebot, Mecklenburg-Vorpommern in neue Staatsvertragsverhand-

lungen mit dem NDR einzubeziehen. Am 2. 01. 1991 hat der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern mündlich den Hamburger Oberbürgermeister um ein offizielles Vertragsangebot gebeten. Wir müssen im übrigen bei diesen Persönlichkeiten um die Informationen nachsuchen, weil der Gang der Verhandlungen den Fraktionen hier im Parlament ja vorenthalten wurde. Dieses Vertragsangebot ist Ihnen am 23. 01. 1991 zugeschickt worden. Die SPD hat mehrfach darauf hingewiesen, daß sie es gerne einsehen möchte. Am 13. 03. 1991 werden Informationsgespräche in Schwerin geführt. Wir haben nun Kenntnis von einem Schreiben, nicht abschlägigen Inhalts, des hiesigen Ministerpräsidenten an Herrn Voscherau vom 23. 03. 1991, und nachdem die Dinge schon bereits festgeklopft waren, ein Schreiben immer noch positiven Inhalts von Herrn Voscherau vom 12. 04. 1991. Inzwischen bemüht sich die Regierung in aller Öffentlichkeit, die Vertragsländer des NDR durch Vorwegnahme eines ungünstigen Ergebnisses nicht erfolgter ernsthafter Gespräche zu brüskieren, so daß dort wahrscheinlich Haltungen geweckt werden, auf weitere Bemühungen zu verzichten. Unser Landtag ist zur Zeit weder über den Stand der Gespräche noch über Angebote ausreichend informiert. Ich möchte das wiederholen: Er wurde einfach hinters Licht geführt, nach unserer Einschätzung, und vor vollendete Tatsachen gestellt.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Diese Haltungen, Verfahrensweisen und Verhandlungsgrundsätze der Regierung und der Fraktion der CDU berühren uns nicht nur im Zusammenhang mit dem konkreten Problem. Sie tragen nämlich dazu bei, jenes Mindestvertrauensverhältnis zu zerstören, das die Kräfte der Demokratie bei allen Gegensätzlichkeiten benötigen, um die unerhört komplizierte Situation in den Ostländern auch nur annähernd in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Sie reißen sich ein in andere Bemühungen, das Parlament in die Rolle eines Statisten wie auch einer Abstimmungsmaschine zu versetzen: Ich denke an die Haushaltsdebatte. Die hat doch deutlich gemacht, daß auf jeden Fall die größere der Regierungsparteien an einem Austausch von Argumenten nicht interessiert ist, mit der Zielstellung, das bessere Argument möge siegen. Ich nenne die Einbringung eines Gesetzes über parlamentarische Staatssekretäre nicht nur, weil der Einbringer nach seinem Auftreten den notwendigen Respekt vor dem Parlament vermissen ließ, nein, vielmehr wird der Landtag mit diesem Gesetz dazu mißbraucht, der Abgeltung politischer Schulden auch noch das legislative Flair zu verleihen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS –

Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Sehr gut!)

Dieses und anderes mehr macht schmerzhaft bewußt, daß es größter Anstrengungen bedürfte, eine politische Kultur auch nur halbwegs wiederzuerlangen – zu der dieses Land ja fähig ist – die der Beginn der Wendezeiten mit den Runden Tischen gezeigt hat. Wir werden uns wehren gegen eine Wiederbelebung zentralistischer Ansätze bei Vertretern der Regierung und Vertretern einer Regierungspartei, deren Befindlichkeiten offenbar noch vom Zentralismus durchdrungen sind.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne werden wir heute darauf drängen, daß die Regierung nunmehr Verhandlungen über den Eintritt

von Mecklenburg-Vorpommern in einen Staatsvertrag mit dem NDR nicht länger unterläuft. Es ist natürlich Aufgabe und Recht der Regierung, Verhandlungen zu Staatsverträgen zu führen, um dabei Gesetze oder Beschlüsse des Parlaments auszugestalten.

So verstehen wir das, was mit Richtlinienkompetenz gemeint ist. Ich habe den Beitrag des Ministerpräsidenten eben in weiten Teilen als eine bewußte Desinformation empfunden.

Uns ist ein Schreiben der Senatskanzlei von Hamburg an einen Vertreter der Regierung von Mecklenburg-Vorpommern bekannt, in dem steht, „die NDR-Vertragsländer hoffen, in allen bisherigen Gesprächen und Erklärungen deutlich gemacht zu haben, daß es nicht darum gehen kann, Mecklenburg-Vorpommern dem NDR-Staatsvertrag lediglich beitreten zu lassen. Es steht außer Zweifel, daß Mecklenburg-Vorpommern, wie alle Partner des NDR-Staatsvertrages, nicht nur Gelegenheit, sondern das Recht hat, den bestehenden Vertrag mit eigenen Ideen und Vorstellungen fortzuschreiben. Ein Vierländerstaatsvertrag würde daher als Ergebnis dieser Neuverhandlungen auch ein neuer NDR-Staatsvertrag werden.“ Ende des Zitates. Ich finde das aufschlußreich.

(Beifall bei der SPD)

Die bisherige Verfahrensweise der Regierung in dieser, ich zitiere aus einer Presseerklärung der CDU, „eminente wichtigen Weichenstellung.“ – obwohl ich als verantwortlicher Agrarpolitiker meiner Partei für einen Bereich der Volkswirtschaft meine, wir haben auch noch wichtigere Probleme – also diese „eminente wichtige Weichenstellung“ zeigt, daß das Parlament nunmehr nicht darauf verzichten darf, mehrheitlich bestimmte Vorgaben über die Art der Partner zu machen, mit denen verhandelt werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Was interessieren den Bürger irgendwo anders die Befindlichkeiten – sagte der Ministerpräsident: der Menschen hier in Mecklenburg-Vorpommern. Ich frage den Ministerpräsidenten, was interessieren ihn die Befindlichkeiten der Menschen hier? Die Befindlichkeit vieler Menschen, die uns ihre Meinung mitgeteilt haben, kann ich in einer Äußerung zusammenfassen, die mir gestern gemacht wurde. Da sagte jemand, es ist doch ganz egal, mit wem ihr fusioniert oder verhandelt, wir hören doch NDR.

(Beifall bei der SPD)

Und wir glauben eben, das ist eine Mehrheitsmeinung, und es müßte doch nun diesen treuen Hörern, dieser Mehrheitsmeinung, die Möglichkeit gegeben werden

(Wolfgang Riemann CDU: Die Vorpommern aber nicht.)

– Die Vorpommern nicht. Aha, Aha. Die Vorpommern – hier sind ja auch noch andere Vorpommern, die sich auch äußern können.

Es müßte diesen Menschen die Möglichkeit gegeben werden, durch Ausgestaltung eines Staatsvertrages Inhalte zu finden, die ihrer Identität in stärkerem Maße als bisher entsprechen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Dr. Kauffold, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Dr. Peter Kauffold SPD: Aber natürlich.)

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Sie sagten eben sinngemäß, ganz gleich mit wem ihr verhandelt, wir hören doch NDR. Ist Ihnen nicht bekannt, daß über 60 Prozent Radio Mecklenburg-Vorpommern hören?

Dr. Peter Kauffold SPD: Ich gebe Ihnen die Meinung der Leute wider, mit denen wir gesprochen haben und Zahlen über die Hörerprozentage hat Ihnen ja Herr Frieze in seinem Beitrag schon mitgeteilt.

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Ich frage nochmal nach: ist Ihnen nicht bekannt, daß über 60 Prozent Radio Mecklenburg-Vorpommern hören? Ich zähle auch dazu.

Dr. Peter Kauffold SPD: Aha. Es gibt sicher verschiedene Aussagen, woher haben Sie die denn Herr Dr. Schulz?

(Eckhardt Rehberg CDU: Vom NDR haben wir die.)

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Vom NDR – ja. Das ist das Schöne.

Präsident Rainer Prachtl: Bitte keinen Dialog, nur Fragen. Das Wort hat der Abgeordnete Herr Goldbeck von der F.D.P.-Fraktion.

Walter Goldbeck F.D.P.: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt fürwahr viel wichtigere Dinge im Land, als hier in einer Sondersitzung über Rundfunk zu streiten. Es gibt fürwahr viel wichtigere Dinge für uns in Mecklenburg-Vorpommern, als zu entscheiden, mit wem wir es also zum Rundfunk halten. Aber mittlerweile ist die Bevölkerung, für die der Privatsender RSH, der RMV – mit hoher Einschaltquote – und der NDR eine gewohnte Sache sind, hellhörig und problembewußt geworden. Es ist ein Problem entstanden, das seine Lösung hier vom Landtag verlangt, wo sonst anders.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb meine Damen und Herren, hat die F.D.P. am 28. 02. 1991 bereits hier im Landtag gefordert, in der Drucksache 1/196, die angenommen worden ist, genau zu prüfen, was denn wirklich das Beste für uns, hier im Norden, im Osten und im Westen ist. Der Auftrag an die Regierung lautete, in beiden Richtungen sollte verhandelt werden. Für uns waren zwei Partner damals wesentlich: Der NDR – der Norddeutsche Rundfunk – und ein völlig neues Modell – Nordostdeutscher Rundfunk –, der im wesentlichen aus dem Sender Freies Berlin bestehen soll.

Die Ergebnisse: Die Staatskanzlei hat nach eifrigem Verhandeln, die Verhandlungen waren zwischendurch auch da auf manchen toten Punkt gebracht, und wenn die beteiligten F.D.P.-Leute nicht geholfen hätten, diesen toten Punkt zu überwinden, dann wäre das NOR-Modell schon längst vom Tisch gewesen, aber wir haben eben gründlich in allen Fragen nachgefragt und aufge bessert. Uns liegen die Grundpositionen als gehandelt, als verhandelt, als parapiert und fast schon als beschlossene Sache auf dem Tisch. Und das stört uns etwas, denn wir hatten ja eindringlich am 28. 02. 1991 gefordert, in beiden Richtungen gründlich zu verhandeln.

(Beifall bei F.D.P., SPD und LL/PDS)

Nach unserem vorsichtigen Ansatz, der uns in der Presse nicht immer positiv angerechnet wurde – nach diesem Ansatz, der lautete, Radio kann auch ins Auge gehen –, wollten wir gründliche Verhandlungen in beiden Richtungen.

Die F.D.P. lehnt deshalb diese bisher ausgehandelten Grundpositionen aus der einen Richtung, aus dem Nordostdeutschen Rundfunkmodell ab. Es gibt verschiedene Gründe dafür. Einmal, sie sind insgesamt nicht durchsetzbar, wenn sorgfältig Position für Position überprüft wird. Das Modell ist kaum zu finanzieren – für uns ein wichtiger Grund. Der Hauptträger SFB ist verschuldet und wird subventioniert von der ARD. Die Finanzierung soll künftig unter anderem auch über den Verkauf von Grundstücken gelingen, die uns aus dem Erbe des Fernsehfunks, des Rundfunks der alten DDR, zufallen. Das ist auch bereits angesagt worden. Man kann hier noch mehr in alle Einzelheiten gehen, um diese Positionen auseinanderzupflücken. Wir haben das gründlich getan. Wir haben unsere Wertung in der Fraktion getroffen.

Die Regierung hat hier zweitens begeistert an den eigenen Ideen verabsäumt, den Landtagsbeschluß 1/196 im zweiten Teil genauso sorgfältig zu erfüllen,

(Beifall bei SPD, LL/PDS und F.D.P.)

wie sie ihrer ersten Idee nachgeeifert hat. Sonst wäre ja auch der gemeinsame Antrag von CDU und F.D.P., den Sie heute vor sich haben und den wir nach langem Hin und Her auf die Tagesordnung gebracht haben, nicht auf die Tagesordnung gekommen, wenn dieser Bedarf nicht eingefordert worden wäre.

Ein genauer Vergleich dessen, was wirklich das Beste für uns ist, war somit vor allen Dingen in der Öffentlichkeit nicht möglich. Wir haben aber dieses bereits vermutet und uns selbst umgesehen in den Staatsvertragsländern des NDR und letztendlich auch beim NDR selbst, nachdem wir uns mit dem Nordostdeutschen Rundfunkmodell eingehend befaßt haben.

Die F.D.P. hält deshalb an ihrem Beschluß 1/196 fest, den sie heute noch einmal bekräftigt, sie hält damit die Tür für den Norddeutschen Rundfunk weit offen. Der Öffnung des Staatsvertrages der den NDR tragenden Länder muß in Verhandlungen mit Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein noch weiter nachgegangen werden. Die Übernahme ernsthafter Verhandlungen mit dem Norddeutschen Rundfunk und die Erarbeitung einer Grundposition mit Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen muß daraus erfolgen. Interessengegensätze betrachten wir im Zusammengehen mit dem Norddeutschen Rundfunk nicht. Für uns überwiegen die Gemeinsamkeiten. Interessengegensätze waren zwischen Ost und West lange genug vorhanden.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Für uns ist dieser Norddeutsche Rundfunk ein Teil jener Rundfunkanstalten, die im weitesten Sinne auch den großen Verdienst für sich beanspruchen können, das Gemeinsame zwischen uns endlich hergestellt zu haben, auch im Geiste.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Daher kann ich hier auch die Interessengegensätze, die der Ministerpräsident auf wirtschaftlicher Ebene genannt

hatte, nicht voll unterstützen. Wir fordern eindeutig, daß die Überprüfung der Finanzierbarkeit dieses Rundfunkmodells erfolgt.

Die Meinung der F.D.P. wird gestärkt durch den Beschluß des ersten ordentlichen Parteitages in Mecklenburg und Vorpommern und die vielen Meinungsäußerungen in Zuschriften vieler Zuschauer, die uns bestätigen. Ich nehme hier nur einen Brief aus Rostock: Wir bitten Sie herzlich, die ganze Kraft für den Beitritt von Mecklenburg-Vorpommern zum NDR einzusetzen. Alles andere macht das Radio für uns uninteressant und so weiter und so fort . . .

Wir müssen gründlich mit dem NDR verhandeln, auch eingedenk dessen, daß wir vom NDR nicht generell Geschenke zu erwarten haben, sondern daß diese Verhandlungen ernsthaft, hart und mit dem Vorteil für Mecklenburg und Vorpommern zu führen sind. Das ist uns angekündigt

(Beifall bei F.D.P., SPD und LL/PDS)

worden und diesen Anspruch haben wir bereits angemeldet.

Wie könnte der weitere Verfahrensweg sein? Die Regierung . . .

Präsident Rainer Prachtl: Herr Abgeordneter, die Redezeit ist bedauerlicherweise abgelaufen.

Walter Goldbeck F.D.P.: – Ja.

Die Regierung legt beide Verhandlungsweisen auf den Tisch. Wir finden nichts dabei, nach gründlicher Verhandlung hier einen Zwischenbericht entgegenzunehmen. Wir halten es auch für ganz normal, über den Staatsvertrag parteiunabhängig und politisch abzustimmen, so wie wir es auch in der Frage der Landeshauptstadt getan haben. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und LL/PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Scheringer von der LL/PDS-Fraktion.

Johann Scheringer LL/PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Regierung in unserem Land sich weiterhin in dieser selbstherrlichen Art und Weise über den Willen des Landtages hinwegsetzt, dann wird es noch so manche Sondersitzung geben.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Dabei schien die Sache doch ziemlich klar zu sein. Unsere Fraktion geht davon aus, daß mit der Annahme des Antrages der CDU-Fraktion, Drucksache 1/196, der in der Sitzung am 28. Februar 1991 beschlossen wurde, daß dem Landtag die Angebote möglicher Verhandlungspartner in Sachen öffentlich-rechtlichen Rundfunks vorgelegt werden, bevor in der breiten Öffentlichkeit Entscheidungen verkündet werden.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Offensichtlich sieht das der Ministerpräsident ganz anders, denn er hat über seinen Chef der Staatskanzlei am 11. 4. 1991 in großem Stil in den Medien den Eindruck entstehen lassen, als ob die Gründung einer Mehrländeranstalt mit Berlin und Brandenburg bereits beschlossene Sache sei. Verhandlungsergebnisse wurden nicht oder nur ungenügend vorgelegt.

Das betrachten wir als ein erneutes Beispiel dafür, wie die CDU diesmal nicht nur am Parlament, sondern offenbar sogar am Koalitionspartner vorbei Politik betreibt, die sich nicht an den Grundinteressen unseres Landes, sondern vielmehr nach den Wünschen des Kanzlers in Bonn richtet.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Das ist ja nichts Neues, Herr Dr. Gomolka. Aber gerade am Thema der heutigen Debatte wird Ihr Dilemma, Ihre eingeschränkte Handlungsfähigkeit deutlich. Während Sie sich zu Beginn des Jahres noch überzeugt vom NDR-Staatsvertrag zeigten und von dieser Überzeugung auch öffentlich keinen Hehl machten, wurde in Bonn in der Parteizentrale der CDU sozusagen vorgedacht und anders gedacht, und Herr Helmut Kohl machte die Neuaufteilung der Rundfunklandschaft zur Chefsache.

Natürlich weiß der Kanzler genau warum, denn wer Einfluß in den Medien hat, trägt zur politischen Meinungsbildung des Volkes bei. Das hat er dann offensichtlich beim sogenannten Kammingespräch auch den ostdeutschen Ministerpräsidenten der CDU beigebracht, denn von da ab schwenkten Sie, Herr Ministerpräsident, um und liebäugelten immer offener mit einer vom Sender Freies Berlin geführten Mehrländeranstalt. Dabei muß man wissen, daß der SFB-Intendant, Herr von Lojewski, ein gestandener CDU-Politiker ist.

Das alles wäre nicht so sehr verwunderlich, und wir sind auch nicht so naiv, zu glauben, daß nicht auch beim Norddeutschen Rundfunk handfeste Parteipolitik eine Rolle spielt.

(Wolfgang Riemann CDU: Hört, Hört)

Aber auch dem NDR stände noch mehr Staatsferne gut zu Gesicht. Vielmehr erschreckt uns die scheinheilige Argumentation aus CDU-Sicht, man wolle mit dem Norddeutschen Rundfunk möglichst viel Identität der neuen Länder, also der ehemaligen DDR, sicherstellen und erhalten. Dazu hatten Sie bisher viele Gelegenheiten, aber Sie haben stets bewiesen, daß Ihnen die Interessen der Bonner Parteizentrale wichtiger sind, als Identitätsfragen der Menschen unseres Landes.

(Beifall bei der LL/PDS)

Sollten Sie aber Ihre Meinung geändert haben, dann haben Sie auch bei der Behandlung des Schulreformgesetzes die Möglichkeit, im Interesse der Bürger von Mecklenburg-Vorpommern dieses reaktionäre Schulkonzept zu stoppen.

(Beifall bei der LL/PDS)

Das entspreche wirklich dem Mehrheitswillen im Lande.

(Wolfgang Riemann CDU: Wir führen den Staatsbürgerkundeunterricht wieder ein.)

Aber ich befürchte sehr, daß Ihnen, Herr Ministerpräsident, durchsichtige parteipolitische Ziele und die Vorgaben aus Bonn wichtiger sind, als die Wünsche der Menschen des Landes. Dabei ist aber nicht zu übersehen, daß selbst an der Parteibasis der CDU, so zum Beispiel bei der Jungen Union und vielleicht sogar in der eigenen Fraktion, die Argumente für den Norddeutschen Rundfunk wenig überzeugend sind.

(Dr. Thomas Brick CDU: Machen Sie sich keine Sorgen um uns!)

Sprechen Sie mal mit den Bürgerinnen und Bürgern und Sie werden feststellen, wie weit Sie sich mit Ihrem Vorhaben von deren Erwartungen und Wünschen entfernt haben.

Unsere Fraktion hat in der Frage des öffentlich rechtlichen Rundfunks von Anfang an betont, die beste Lösung für unser Land zu unterstützen. Nach wie vor sind wir der Meinung, daß aus Gründen der Eigenständigkeit und eben der Identität eine eigene Landesrundfunkanstalt die beste Lösung wäre.

(Wolfgang Riemann CDU: Wenn Sie das mit Ihren Parteigeldern finanzieren.)

Wir sind jedoch Realisten genug, lassen Sie mich mal aussprechen, wir sind sogar Realisten genug, um von dieser Vorstellung vor allem aus Kostengründen schweren Herzens Abschied zu nehmen. Im übrigen sind wir uns auch sicher, daß wir dafür in diesem Hause keine Mehrheit erhalten würden.

Ausgehend von den beiden jetzt möglichen Varianten sind wir der Meinung, jetzt unverzüglich mit den Regierungen der drei norddeutschen Länder Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen Verhandlungen über einen NDR-Staatsvertrag aufzunehmen – ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen – und das Ergebnis dem Landtag vorzulegen.

Dieser Meinungsbildung meiner Fraktion liegen folgende sachliche Überlegungen zugrunde:

Erstens: Wer gute Programme im Hörfunk und Fernsehen machen will, um die Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, braucht viel Geld. Wir werden im Land mit den Gebühren und den Werbeeinnahmen die benötigten Summen von Investitionen nicht aufbringen und brauchen somit finanziell starke Partner. Der NDR scheint offensichtlich in der Finanzfrage potenter zu sein, als der mit einer erheblichen Schuldenlast geplagte SFB. Darüber muß jetzt zügig verhandelt werden, denn bis heute haben wir zwar eine Stellungnahme des NDR vorliegen, der NDR ist jedoch nicht der Verhandlungspartner, sondern die Regierungen.

Zweitens: Wir werden uns entschieden dafür einsetzen, daß vor allem Redakteure und Mitarbeiter aus Mecklenburg-Vorpommern Rundfunk in unserem Lande machen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Die hohen Einschaltquoten beim RMV und beim DFF beweisen, daß wir gute Rundfunkleute haben. 48 Prozent, und Herr Schultz spricht sogar schon von 60 Prozent Einschaltquoten, sind ein Qualitätssiegel, sind eine Traumquote und nun wissen wir alle, daß der SFB den Rundfunk in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit den 1.400 Mitarbeitern beginnen will, die jetzt beim SFB waserdichte Verträge haben, das heißt, die Dominanz des SFB sieht der Herr Goldbeck schon richtig.

Wir fordern jedoch gleichberechtigte Chancen für die Mitarbeiter, die jetzt hier bei uns Rundfunk machen. Das richten wir auch an die Adresse des Norddeutschen Rundfunks. In allen Personalentscheidungen müssen die Gewerkschaften und die Personalräte ein volles Mitspracherecht erhalten. Personalentscheidungen müssen hier im

Land getroffen werden. Übrigens setzen wir uns für die Festschreibung des Redakteurstatutes im Staatsvertrag ein.

Und zum Dritten: In jedem Falle gilt es, RMV und ein eigenes Fernsehprogramm im Land zu erhalten. Das ist in beiden Modellen zunächst vorgesehen. Ebenso wichtig für uns ist es jedoch, daß wir uns in den gemeinsamen Programmen von NDR 2, 3 und 4 und dem gemeinsamen Fernsehprogramm gleichberechtigt wiederfinden. Ich sage das auch deshalb, weil unsere beliebte Ferienwelle heute in der Debatte schon eine Rolle gespielt hat.

Weitere Fragen hätten wir im Zusammenhang mit der Besetzung des Rundfunk- und -verwaltungsrates, aber dazu müssen eben schriftliche Verhandlungsangebote vorliegen.

Alles in allem tritt unsere Fraktion dafür ein, sofort Verhandlungen mit den jetzigen NDR-Regierungen aufzunehmen, um die ohnehin anstehenden Neuverhandlungen des Staatsvertrages zu nutzen, möglichst viele der eigenen Vorstellungen einzubringen. Diese Verhandlungen, sollte es dafür heute eine parlamentarische Mehrheit geben, müssen durch unsere Regierung zügig geführt werden, denn eine Sendepause des RMV wäre für uns unzumutbar. Der Zeitdruck ergibt sich auch deshalb, weil sehr massiv private Anbieter um Konzessionen ersuchen. Bei aller Anerkennung des dualen Systems sagen wir jedoch, daß wir erst im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ordnen müssen. Danach sollen die Privaten ihre wohlbegründete Chance erhalten.

Es ist also Eile geboten, und deshalb unterstützt unsere Fraktion den Antrag der SPD. Den Antrag der CDU/F.D.P. halten wir für eine Verschleppung, denn vom 28. 2. 1991 bis heute war sehr viel Zeit und wir halten es für ungehörig, daß noch keine Ergebnisse vorliegen. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen, daß aus der Staatskanzlei ein Endstand in bezug auf den NOR verkündet wird und ich habe nach Ihrer Rede den Eindruck, Herr Ministerpräsident, daß Sie auch heute noch nicht ernsthaft darüber nachdenken, mit den NDR-Ländern zu verhandeln. Sie wollen wieder einen aus der Kanzlei schicken, und ich könnte mir vorstellen, daß Herr Schröder, Herr Engholm und Herr Voscherau über diese Äußerung sich auch ihre gesonderten Gedanken machen, und sie werden das mit Sicherheit mehr als komisch finden. Deshalb erwarten wir, daß Sie unverzüglich in Staatsverhandlungen eintreten. Wir unterstützen diesen Antrag der SPD.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Steinmann von der CDU-Fraktion.

Joachim Steinmann CDU: Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich spreche ausführlich zum Antrag 1/367 als Einbringer der CDU-Fraktion.

Vor zwei Monaten habe ich namens meiner Fraktion hier an dieser Stelle den Antrag 1/196 eingebracht und Sie werden deshalb gut verstehen, daß mir die Pflege dieses Beschlusses in besonderer Weise obliegt.

Nun zweifelt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, ob die Regierung ihrer Informationspflicht nachkommt, ob die Rundfunkneuordnung durchschaubar, nachvollziehbar ist.

Zum ersten Vorwurf. Dagegen sprechen die Tatsachen, so wie sie vom Ministerpräsidenten bereits genannt worden sind. Die CDU-Fraktion kann keinen Verstoß der Landesregierung gegen ihre Informationspflicht erkennen. Der Inhalt der Drucksache 1/196 hat sich aber offensichtlich bewährt und deshalb schlägt meine Fraktion gemeinsam mit der F.D.P. dem Landtag vor:

Erstens: Diesen Beschluß von vor zwei Monaten zu bekräftigen.

(Beifall bei der CDU – Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS:
Das ist doch wohl ein Witz, nachdem zwei Monate lang nur in eine Richtung verhandelt worden ist.
Das ist doch lächerlich!)

Zweitens: Durch einen umfassenden schriftlichen Bericht der Regierung über die Rundfunkneuordnung auch terminlich zu präzisieren und

Drittens: Zum 20. Juni 1991 durch die Regierung dem Landtag den Entwurf für einen Staatsvertrag zur Regelung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Mecklenburg vorzulegen.

Es spricht also für die Qualität des damaligen Beschlusses 1/196, daß er diese konkrete Ausformung gut verträgt.

(Dr. Gottfried Timm SPD: Können wir nicht alle anderen Beschlüsse auch bekräftigen!)

Soviel zu diesen Vorwürfen.

Ich kann Ihnen gerne noch aus der Chronologie der Ereignisse zitieren. Ich finde es etwas merkwürdig, daß Herr Kollege Prof. Kauffold auf das Datum 28. Februar 1991 abhebt und Versäumnisse aber viel früher ansiedelt, unter anderem das Versäumnis, daß die Landesregierung nicht in geeigneter Weise auf den novellierten NDR-Staatsvertrag, der uns zugesandt wurde, reagiert hat. Wissen Sie, das war reichlich oberflächlich, was da novelliert worden ist. Mecklenburg-Vorpommern wurde nämlich bestenfalls nominell eingefügt.

(Siegfried Frieze SPD:
Wir hätten das auch gern einmal gelesen.)

Dann zum weiteren Verlauf der Chronologie. Am 4. März 1991 und am 13. März 1991 haben in Hamburg beziehungsweise hier in Schwerin Gespräche auf der Ebene der Chefs der Staatskanzleien stattgefunden.

Es ist nicht gelungen, die NDR-Verhandlungsführer zu bewegen, diese Ergebnisse in einem Papier festzuhalten, damit der Chef der Staatskanzlei beispielsweise dieses als offizielles Papier überhaupt dem Kabinett vorlegen kann. Diese schriftliche Fixierung mußte durch den Brief des Ministerpräsidenten Ende März nachgemahnt werden. Und das, finde ich, ist schon ein etwas eigentümlicher Umstand.

Freilich sind wir in die Gespräche mit Berlin und Brandenburg genau in der gleichen Weise hineingegangen, übrigens auch auf parlamentarischer Ebene, nicht immer mit der Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion unseres Landtages. Ja, und an dieser Stelle hier muß betont werden, daß auch durch die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten im Rahmen der Haushaltsdebatte immerhin zweieinhalb Schreibmaschinenseiten zum Thema Neuordnung des Rundfunkwesens vorgelegt haben. Das 40 Minuten – vielleicht war es gar eine

knappe Stunde – dauernde Informationsgespräch des Chefs der Staatskanzlei im Innenausschuß dürfte ebenfalls eine geeignete Form gewesen sein, das Parlament zu informieren.

Ich komme zum zweiten Teil der Tagesordnung, die uns heute zusammenführt. Mich erschreckt und bekümmert, welches Ausmaß an Medieninkompetenz bei uns im Lande herrscht. Die Erklärung, dies liege an der über 50jährigen totalitären Handhabung der Medien, tröstet mich wenig. Uns von der CDU-Fraktion macht es zornig, wenn einzelne Mitglieder der SPD-Fraktion die Ergebnisse von „Blubber“-Umfragen wie ein Korsett sich umschnallen, um sich volkstümlich zu geben, vielleicht mangelt es irgendeines Rückgrates.

(Heiterkeit bei SPD und LL/PDS)

Da wird den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern suggeriert, RMV und LMV würden untergehen, alles Heil liege nur beim NDR und in Berlin, da könne man ja nur in die Katastrophen steuern, wie die letzten 60 Jahre zeigten. Ich werde in dieses Feldgeschrei nicht einstimmen und ich werde auch keine Brandrede wider den NDR halten, die in komplementärer Form ja nur die Ohren wiederum verstopfen würde. Dies wäre im übrigen auch unredlich, denn meine persönliche Haltung bis zu jenem sensationellen Gesprächsresultat des 10. April 1991 in Magdeburg ist bekannt. Deshalb werde ich jetzt von NORA sprechen, möglichst sachlich, nicht allzu zärtlich, wie von einer neuen Geliebten.

NORA, die Nordostdeutsche Rundfunkanstalt, bietet nach den bisherigen Gesprächsergebnissen – nicht Verhandlungen –, all das, was auch die NDR-Variante böte plus x, und diese Variable x ist keine unbekannte Größe, sondern für Mecklenburg-Vorpommern ergeben sich über den Daumen gepeilt, das mag etwas schnittig klingen, doppelt so viel Arbeitsplätze und dreimal so viel Gestaltungsmöglichkeiten. Es dürfte wohl klar sein, daß die Chancen für unser Land in einer Neugründung eher gewahrt sind, als bei einem bloßen Beitritt.

(Beifall bei der CDU)

Die NORA würde große Teile des alten Ostelbiens umfassen, mit all seinen besonderen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen. Die Gemeinsamkeiten der Adressaten von Rundfunk erfordern spezifische, programmliche, sprich publizistische und kulturelle Problemlösungen. Wie soll das erreicht werden? Wir setzen auf die akzeptierten Fähigkeiten der Mitarbeiter vom RMV und LMV und das ist eine Aussage zur Beschäftigungspolitik in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU)

Die Ferienwelle darf nicht sterben und auch nicht privatisiert werden. Die CDU-Fraktion beharrt darauf, daß Mecklenburg-Vorpommern paritätisch in den Gremien vertreten ist. Wir bleiben dabei, daß der Landesfunkhausdirektor und der Landesrundfunkrat völlig frei von einer strukturell angelegten Gängelung einer Zentrale über alle Personal- und Programmfragen selbst entscheidet.

(Beifall bei der CDU)

Dies bedeutet konkret die Vokabel des etwas fachchinesischen Wortes Organstellung.

Die CDU-Fraktion sieht das Problem, wie ein zweites und drittes Hörfunkprogramm der NORA hier im Lande akzeptabel gestaltet werden kann. Und gerade deshalb soll ja die gesamte Hörfunkdirektion nach Schwerin, wo die Strategien und Konzepte erstellt werden. Die Erfüllung des Programmauftrages, lieber Kollege Friese, muß strukturell abgesichert sein. Ich verschweige nicht, daß die Lösungsmöglichkeit Nordost wie jede wirklich kreative Variante auch Risiken in sich birgt. Ein Nadelöhr ist die Anschubfinanzierung, nicht der laufende Betrieb – darüber gibt es keine Diskussion-, aber die Anschubfinanzierung ist das Problem.

Auf welche Quellen setzen wir?

Erstens: Der in der NORA aufgehende SFB – vielleicht könnte man auch die Vokabel von Herrn Mühlfenzel benutzen, nämlich Abschmelzen – aktiviert seine erheblichen stillen Reserven.

Zweitens: Die NORA erhält ihren Anteil aus den Ressourcen des ehemaligen Rundfunks und Fernsehens der DDR.

Drittens: Das ZDF steuert aus den Gebührenmehreinnahmen in den nächsten fünf Jahren circa vierzig Millionen jährlich bei.

Viertens: Die ARD-Gemeinschaft leistet eine Anschubfinanzierungshilfe für den Osten, so, wie es der ARD-Chef Nowotny am vergangenen Mittwoch in Berlin auch öffentlich verkündete.

Nun mag manch einem Außenstehenden diese heutige Debatte allzu kleinkariert, von engen Landesinteressen geprägt sein und deshalb gestatten Sie mir, abschließend ein Bild zu entwerfen, welchen Part der Nordostdeutsche Rundfunk in einem vereinten Deutschland einnimmt. Wider Gigantismus von Riesen im ARD-Konzert würde die NORA eine gesunde mittlere Anstalt, größer als der Hessische Rundfunk, größer als der Süddeutsche Rundfunk Stuttgart sein.

Meine Damen und Herren! Ich appelliere an Sie, sich der Aufgabe der Rundfunkneugestaltung weder von populistischem Marktgeschwätz noch von zentralen parteipolitischen Vorgaben oder gar regionalen Egoismen leiten zu lassen. Ich bitte Sie, um Zustimmung für die Drucksache 1/367. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Rainer Prachtl: Das Wort hat der Abgeordnete Herr Friese von der SPD-Fraktion.

Siegfried Friese SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Argumente sind ausgetauscht. An dieser Stelle muß aber ein deutliches Wort noch gesagt werden.

Herr Ministerpräsident, der Beginn Ihrer Rede war wenig staatsmännisch. Wenn Sie sagen, der NDR würde aus Mecklenburg-Vorpommern mehr herausholen, als er hier hineinsteckt, so ist dieses eine Ungeheuerlichkeit, die ich namens der SPD-Fraktion zurückweise. Der NDR hat sich seit der politischen Wende um den Rundfunk in unserem Lande verdient gemacht. Die Menschen hören ihn gerne und die wollen, daß wir mit diesem Sender zusammengehen. Ich meine, Herr Ministerpräsident, Sie sollten hier ein klärendes Wort zu dieser Aussage treffen.

(Beifall bei SPD und LL/PDS – Ministerpräsident Dr. Alfred Gomolka: Ich habe nur gerechnet.)

Sie haben auf meine Anfrage, ob es weitere Dokumente zur Gründung des NOR gibt, gesagt, Ihnen seien die Grundpositionen als letztes Papier bekannt. Unserer Fraktion liegt ein Entwurf eines Staatsvertrages über den NOR vor.

Präsident Rainer Prachtl: Herr Frieze, gestatten Sie jetzt schon eine Zwischenfrage?

Siegfried Frieze SPD: Herr Präsident, ich halte eine sehr kurze Rede und möchte die Zwischenfragen am Ende zulassen.

Präsident Rainer Prachtl: Gut, danke.

Siegfried Frieze SPD: Uns liegt ein Staatsvertragsentwurf zum NOR vor. Wenn Sie sagen, Sie kennen diesen nicht, läßt das zwei Schlüsse zu. Entweder wissen Sie nicht, was in Ihrer Staatskanzlei passiert oder Ihre Staatskanzlei weiß es auch nicht, und Berlin hat diesen Vertrag vorgelegt und damit bereits das Heft des Handelns in die Hand genommen.

Ein letztes Wort. Unserem Redner Herrn Prof. Kauffold wurde vorgeworfen, er ginge in seiner Chronologie nicht auf die anfallenden und stattgefundenen Daten ein. Er würde das gerne tun und hätte das auch in seiner Rede einbezogen, nur diese Daten sind uns allen nicht bekannt. Wir sind in der gesamten Rundfunkfrage fast ausschließlich auf Veröffentlichungen in den Medien angewiesen. Dieses ist kein demokratischer Stil. Wir bitten die Regierung, künftig die Opposition in ihre Arbeit – soweit es das parlamentarische Verständnis vorsieht – mit einzubeziehen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Steinmann bitte.

Joachim Steinmann CDU: Herr Kollege Frieze, sagen Sie bitte, welche Gründe, welche Erwägungen bewegen die NDR-Vertragsstaaten Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg, um Mecklenburg-Vorpommern als viertes Mitglied zu ringen? Nun gehören Sie nicht diesen Regierungen in diesen Ländern an. Ich frage deshalb präziser nach Ihren Vermutungen.

Siegfried Frieze SPD: Herr Steinmann, dieses ist nicht der Ort für Vermutungen. Auf alle Fälle ist das Angebot der NDR-Staaten von Uneigennützigkeit getragen. Es ist getragen von dem Willen, einem neuen Bundesland nach Maßgabe der Möglichkeiten einer Mehrländeranstalt uneigennützig zu helfen und es ist getragen, sich als guter Nachbar im Norden zu erweisen. Konkretere Hintergründe haben Sie erkunden können bei Ihren Gesprächen mit den NDR-Vertragsstaaten. Wir waren daran leider nicht beteiligt.

Präsident Rainer Prachtl: Gestatten Sie weitere Zwischenfragen?

Siegfried Frieze SPD: ja.

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Herr Frieze, war der Bewohner von Mecklenburg-Vorpommern nicht bis zur Wende gezwungen, wenn er UKW hören wollte, Radio NDR zu hören? Gab es überhaupt einen anderen Sender auf UKW bis zur Wende?

(Heiterkeit bei SPD und LL/PDS – Wolfgang Riemann CDU: Herr Frieze muß das doch wissen. Er hat doch daran mitgearbeitet.)

Darum frag ich ja auch, Herr Frieze. Gab es einen anderen Sender auf UKW als den RSH-Privatsender und den NDR? Es gab für den Bewohner von Mecklenburg-Vorpommern hier oben bis Greifswald, insbesondere in Vorpommern keinen weiteren Sender.

(Dr. Arnold Schoenenburg LL/PDS: Was sind denn das für Fragen?)

Präsident Rainer Prachtl: Herr Dr. Schulz, bitte nur fragen. Herr Frieze kann antworten oder nicht antworten.

Siegfried Frieze SPD: Ja, ja, ich kann dazu gerne antworten.

(Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Herr Frieze, Sie müssen das doch wissen.)

Siegfried Frieze SPD: Herr Abgeordneter, lassen Sie mich dieses sagen: Ich habe nie im Rundfunk gearbeitet, ich habe beim Fernsehen gearbeitet, ich habe im Ministerium für Kultur gearbeitet und beides hatte mit Rundfunk nichts zu tun. Wenn ich dann für den Rundfunk mitgearbeitet habe, so hat sich das immer auf Inhalte bezogen, und dieses habe ich ausgesprochen gerne gemacht. Inwieweit Rundfunk über welche technischen Kanäle verbreitet wurde, ist mir nicht bekannt. Es hat mich auch zu keiner Zeit besonders interessiert.

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Darf ich weitere Fragen stellen, Herr Frieze? Wenn Sie sagen . . .

Siegfried Frieze SPD: Wenn sie denn zur Sache sind . . .

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Sie sind zur Sache. Wenn Sie sagen, es hat sich auf Inhalte bezogen, ist es dann nicht um so schlimmer, was Sie hier eben von sich gegeben haben? Kennen Sie die Inhalte des DDR-Rundfunks noch?

Siegfried Frieze SPD: Aber Herr Abgeordneter! Auf welches Niveau begeben wir uns denn. Ich weiß doch, worauf Sie hinaus wollen. Kultur war ein wesentlicher Bestandteil aller Massenmedien, und so sehr, wie im Bereich der Kultur Mißbrauch betrieben worden ist, ist in gleichem Maße auch über die Massenmedien im Bereich der Kultur sehr viel dafür geleistet worden, daß die Menschen dieses Landes einen geistigen Horizont und ein geistiges Leben hatten, wovon wir ja heute noch zehren. Ich weiß doch, was dort vorgefallen ist. Mann kann aber nicht alles über einen Kamm scheren.

(Beifall bei der LL/PDS – Eckhardt Rehberg CDU: Das ist doch wohl nicht wahr!)

Dr. Wolfgang Schulz fraktionslos: Freuen Sie sich über den Beifall der LL/PDS . . .

Präsident Rainer Prachtl: Herr Dr. Schulz, ich muß jetzt für beide Redner unterbrechen. Dr. Schulz muß fragen, bitte und . . .

Zwei Wortmeldungen wurden zurückgezogen. Ich schließe damit die Aussprache. Herr Dr. Timm zur Geschäftsordnung.

Dr. Gottfried Timm SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, die SPD-Fraktion beantragt eine zehnminütige Beratungspause.

Präsident Rainer Prachtl: Gut, dem wird stattgegeben, wenn es wirklich zehn Minuten sind. Vorhin wurde es ja auch länger. Wir treffen uns um 13.30 Uhr wieder hier im Plenarsaal. Die Sitzung ist unterbrochen.

Unterbrechung: 13.20 Uhr

Wiederbeginn: 13.30 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Die unterbrochene Sitzung des Landtages ist wiedereröffnet.

Zunächst müssen wir darüber abstimmen, ob wir geheim abstimmen. Wer dem Antrag der F.D.P. auf geheime Abstimmung über den SPD-Antrag auf Drucksache 1/340 zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen ist der Antrag auf geheime Abstimmung mit der erforderlichen Mehrheit angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den SPD-Antrag. Die Fraktion der F.D.P. hat gemäß Paragraph 50 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung geheime Abstimmung über diesen Antrag verlangt. Den für die geheime Abstimmung allein gültigen weißen Stimmzettel erhalten Sie nach Aufruf Ihres Namens von den Schriftführern vor Betreten der Wahlkabine. Sie dürfen Ihre Stimmzettel nur in der Wahlkabine ankreuzen und müssen ebenfalls noch in der Wahlkabine den Stimmzettel in den Umschlag legen. Bevor Sie den Stimmzettel in die Wahlurne geben, bitte ich Sie, dem Schriftführer Ihren Namen zu nennen. Ungültig sind Stimmen, wenn der Stimmzettel nicht amtlich hergestellt ist, keine Kennzeichnung bei Ja/Nein oder Enthaltungen enthält, außerhalb der Wahlkabine gekennzeichnet wurde, einen Zusatz oder Vorbehalt enthält, zerissen ist, den Willen der Abgeordneten nicht zweifelsfrei erkennen läßt.

Ich eröffne nun die Abstimmung und bitte die Schriftführer die Namen in alphabetischer Reihenfolge aufzurufen.

(Die geheime Abstimmung wird vorgenommen.)

Präsident Rainer Prachtl: Haben alle Mitglieder Ihre Stimme abgegeben?

Wenn das der Fall ist, schließe ich die Abstimmung und unterbreche für die Auszählung der Stimmen die Sitzung für etwa zehn Minuten.

Unterbrechung: 13.50 Uhr

Wiederbeginn: 14.00 Uhr

Präsident Rainer Prachtl: Meine Damen und Herren!

Die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich gebe das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Es sind 63 Stimmen abgegeben worden. Davon waren 63 Stimmen gültig. Mit Ja haben 35 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 27 Abgeordnete gestimmt, ein Abgeordneter hat sich enthalten. Damit ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. auf Drucksache 1/367.

Wer stimmt für diesen Antrag? Den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenstimmen bitte. – Enthaltungen? Danke. – Der Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. auf Drucksache 1/367 ist mit 31 Stimmen dagegen und 3 Enthaltungen, 28 Stimmen dafür, abgelehnt worden.

(Beifall bei SPD und LL/PDS)

Meine Damen und Herren!

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages auf Mittwoch, den 24. April 1991, um 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen noch einen guten Tag.

Schluß: 14.05 Uhr

Entschuldigt fehlte der Abgeordnete Dr. Klaus Gollert.